

Vorlage eines Wasserstraßenausbaugesetzes gefordert

## Vorrang für norddeutsche Projekte

Mittwoch, 25. Januar 2012



Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals gehört zu den dringenden Verkehrsprojekten im Norden.  
Foto: Behling

Die norddeutschen Industrie- und Handelskammern haben den Bund aufgefordert, Verkehrsprojekte mit Bezug auf die Seehäfen vorrangig umzusetzen. Der Bund müsse seewärtige Zufahrten und Hinterlandanbindungen der Häfen als Schwerpunkt in den Investitionsplänen verankern, verlangt die IHK Nord in einem Schreiben an Verkehrsstaatssekretär Enak Ferlemann.

Zudem müsse noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zum Ausbau der Wasserstraßen vorgelegt werden. "Die Bedeutung der Hinterlandanbindungen der Seehäfen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft muss sich noch stärker im Investitionsrahmenplan widerspiegeln", sagte am Dienstag der Vorsitzende der IHK Nord und Präsident der IHK Kiel, Klaus-Hinrich Vater. Die Planungen für wichtige Projekte müssten schneller vorangebracht werden, um die Anbindung der deutschen Seehäfen zu verbessern, betonte Vater.

Die in der IHK Nord zusammengeschlossenen 13 Kammern aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen verlangen Vorrang für die Verkehrsvorhaben aus der sogenannten Ahrensburger Liste, die auch in das Nationale Hafenkonzept des Bundes aufgenommen wurden. Dazu gehören der Bau beziehungsweise Aus- und Weiterbau der Autobahnen A1, A7, A14, A20 und A26, die Elbvertiefung sowie mehrere Bahnverbindungen.

**Mehr: Im "THB Täglicher Hafenbericht"**

« [zurück zur Übersicht](#)